

Die Osterweiterung der NATO

Hat der Westen Russland mit der NATO-Osterweiterung nach Ende des Kalten Krieges betrogen? Die Antwort benötigt eine weitere Frage: **Ist es nötig, sich an mündliche Versprechen/Zusagen zu halten?**

Das Ringen um die Osterweiterung der [NATO](#) begann im Januar 1990 mit einer Initiative des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher. In ganz Osteuropa hatten die Menschen die Satellitenregierungen Moskaus gestürzt und Genscher war besorgt über die mögliche Reaktion des Kremls. Er hatte noch lebhaftere Erinnerungen an den Aufstand von 1956 in Ungarn. Als ein Teil der Aufständischen versuchte, aus dem Warschauer Pakt auszutreten und engere Beziehungen zum Westen zu knüpfen, griffen die Sowjets ein und schlugen den Aufstand nieder. Genscher wollte eine Wiederholung vermeiden und war bereit, dem Kreml Zugeständnisse zu machen. In seiner Rede am 31. Januar 1990 schlug er vor, die NATO solle eine Erklärung abgeben, in der es heißt, **"Was auch immer mit dem Warschauer Pakt geschieht, es wird keine Ausdehnung des NATO-Gebiets nach Osten und näher an die Grenzen der Sowjetunion geben."** Genschers Rede wurde von den Regierungen der Alliierten in Großbritannien, den USA, Frankreich und Italien positiv aufgenommen. In einem Gespräch mit seinem Londoner Amtskollegen sagte Genscher, er brauche die Zusicherung, dass "Ungarn im Falle eines Regierungswechsels nicht Teil des westlichen Bündnisses werden würde". Sein US-Amtskollege Baker war von der Idee nicht begeistert, hielt sie aber für "das Beste, was wir im Moment haben".

[Die Hauptsorge der westlichen Verbündeten](#) galt der Frage, ob ein vereintes Deutschland in der NATO bliebe, und nicht der Zukunft der osteuropäischen Länder, die alle noch dem Warschauer Pakt angehörten. Anfang Februar stellten Genscher und Baker die Idee unabhängig voneinander in Moskau vor. Der deutsche Außenminister versicherte dem Kreml **"Wir haben nicht die Absicht, den NATO-Verteidigungs- und Sicherheitsraum nach Osten auszudehnen. Das gilt nicht nur für die DDR, die wir nicht einfach eingliedern wollen, sondern für alle östlichen Länder!"** Baker versprach "eiserne Garantien, dass sich die Zuständigkeit oder die Streitkräfte der NATO nicht nach Osten verlagern werden". Als Gorbatschow sagte, die NATO-Erweiterung sei "inakzeptabel", antwortete Baker: "Wir stimmen dem zu." **Die Versprechen wurden aber NIE eingehalten!**

Später sagte Baker, er habe sich ausschließlich auf Deutschland konzentriert. Offenbar war es ihm unangenehm, mit den Sowjets zum Nachteil von Budapest und Warschau verhandelt zu haben. Auch Genscher spielte die Bedeutung seines Besuchs in Moskau herunter und sagte später, er habe die sowjetische Reaktion "abschätzen" wollen, mehr nicht. Wenig später begannen die **Zwei-plus-Vier-Verhandlungen**, [die sich bis September 1990](#) hinzogen. Die Sowjets, so Genscher, seien nie wieder auf die Frage der NATO-Erweiterung nach Osteuropa zurückgekommen, was er so interpretierte, dass die Frage damit erledigt sei. **An dieser Version der Ereignisse sind erhebliche Zweifel angebracht.** Bereits im Februar 1990 war es kein Geheimnis mehr, dass einige osteuropäische Staaten von einer möglichen NATO-Mitgliedschaft zu träumen begannen.

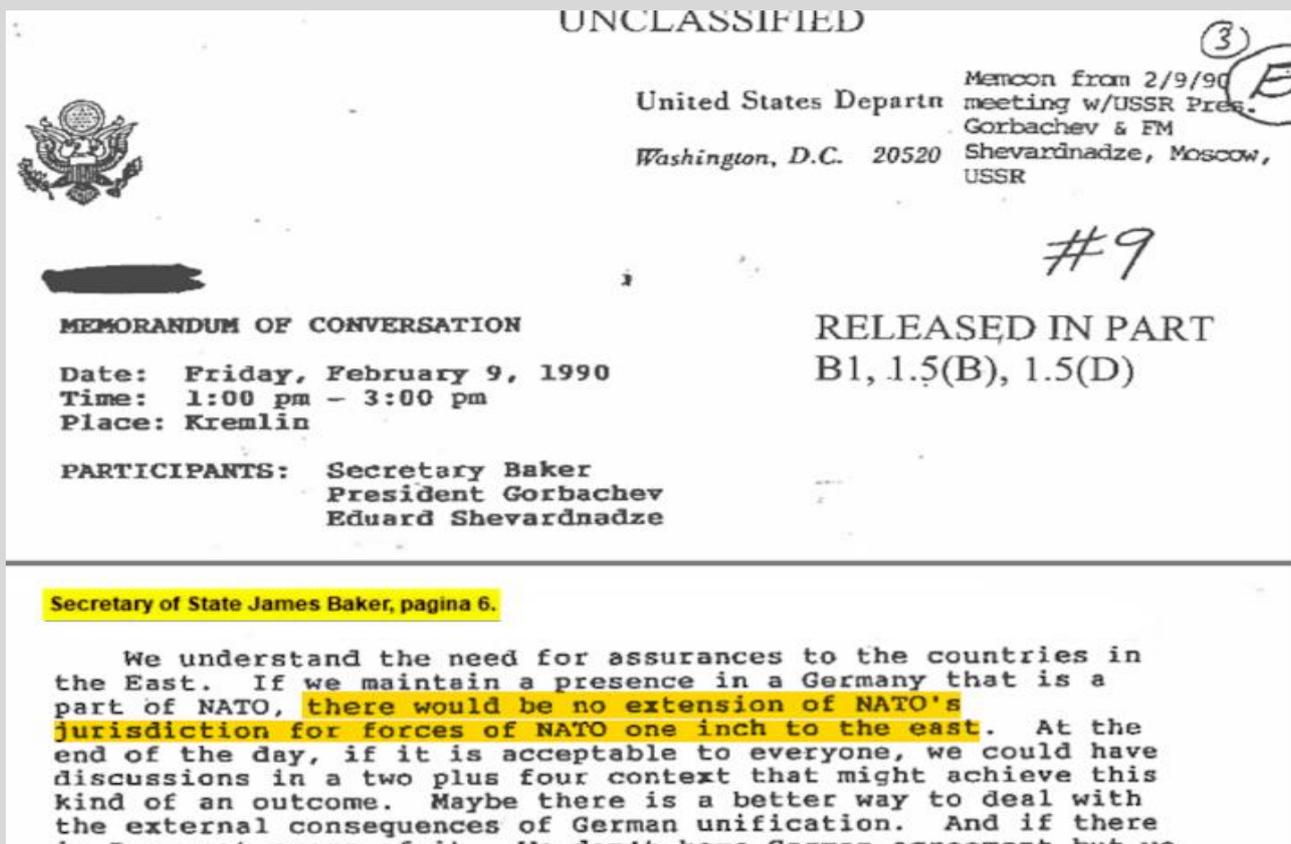
Die Zeitungen schrieben darüber und sowjetische Beamte sprachen bei einer Reihe von Gelegenheiten gegenüber westlichen Politikern davon. Ohne Erfolg. Der Westen gab nur allgemeine Erklärungen zur Beruhigung ab. US-Präsident George H. W. Bush zum Beispiel sagte: **"Wir haben nicht die Absicht, auch nicht in Gedanken, der Sowjetunion in irgendeiner Weise zu schaden."** Der französische Präsident François Mitterrand erklärte gegenüber Gorbatschow, er sei **"persönlich für eine schrittweise Auflösung der Militärblöcke"**. Auch der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner sprach sich später klar **gegen die Erweiterung des westlichen Bündnisses** aus. Die Botschaft war klar: **Sollte Gorbatschow seine Zustimmung zur deutschen Wiedervereinigung geben, würde der Westen eine westliche Sicherheitsarchitektur anstreben, die Moskaus Interessen berücksichtigt.**

Im September 1993 schrieb der russische Präsident Boris Jelzin einen langen Brief an den US-amerikanischen Präsidenten Bill Clinton. Der Brief, der an "Dear Bill" adressiert war, begann mit einer Erwähnung des "offenen Meinungs austauschs" zwischen den beiden Führern. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik seien an einem Beitritt zur Nordatlantikvertrags-Organisation (NATO) interessiert, was dem russischen Präsidenten Sorgen bereite. Natürlich, so Jelzin, könne jedes Land entscheiden, welchem Bündnis es angehören wolle. Aber die russische Öffentlichkeit sieht in der NATO-Osterweiterung "eine Neo-Isolierung" Russlands, ein Faktor, der berücksichtigt werden müsse. Jelzin verwies auch auf den Zwei-plus-Vier-Vertrag zur deutschen Wiedervereinigung von 1990. **"Der Geist des Vertrages", so schrieb er, "schließt die Option einer Ausweitung der NATO-Zone nach Osten aus".** Mit diesem Schreiben warf Russland dem Westen erstmals vor, sein Wort gebrochen zu haben. **Obwohl die USA den Vorwurf zurückwiesen, ist es nie zu einer Lösung des Konflikts gekommen, eine Situation, die weitreichende Folgen bis in die Gegenwart hat. Im Gegensatz zur NATO wurde der Warschauer Pakt aufgelöst.** Im Grunde gibt es kein anderes historisches Thema, das [die Beziehungen zwischen Moskau und dem Westen](#) in den letzten drei Jahrzehnten so sehr vergiftet hat wie die Uneinigkeit darüber, was genau 1990 vereinbart wurde.

In den Jahren seit Jelzins Brief hat die NATO 15 Staaten in Ost- und Südosteuropa in das Bündnis aufgenommen. **Und der Kreml hat sich beschwert, dass er bei jedem Schritt überlistet wurde.** Auch der russische Außenminister Sergej Lawrow schrieb einen offenen Brief an seine westlichen Amtskollegen, in dem er weitere Absprachen anführte. Er verwies insbesondere auf die Charta für europäische Sicherheit, die auf Vereinbarungen aus dem Jahr 1990 zurückgeht. Damals hatten sich Ost und West darauf geeinigt, dass jedes Land das Recht hat, das Bündnis, dem es angehören möchte, frei zu wählen, wobei gleichzeitig die "Unenteilbarkeit der Sicherheit" betont wurde. Später wurde daraus "die Verpflichtung jeden Staates, seine Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken", wie Lawrow in seinem Brief ausdrücklich erwähnt. Hat Putin also Recht, wenn er sagt, dass Russland durch die Osterweiterung der NATO getäuscht wurde? Im Grunde ja, **es mangelt nicht an Berichten über die Gespräche zwischen dem Westen und Moskau nach dem Fall der Berliner Mauer.**

1990 traf sich ein Heer von Politikern und hochrangigen Beamten aus Moskau, Washington, Paris, London, Bonn und Ost-Berlin zu Gesprächen über die deutsche Wiedervereinigung, über die Abrüstung der NATO und des Warschauer Paktes sowie über eine neue Charta für die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die 1995 zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde. Roland Dumas, der 1990 französischer Außenminister war, sagte später, es sei zugesichert worden, **dass die NATO-Truppen nicht näher an das Gebiet der ehemaligen Sowjetunion heranrücken würden.** Jack Matlock, der damals US-Botschafter in Moskau war, sagte, **dass der Sowjetunion "kategorische Zusicherungen" gegeben wurden, dass die NATO nicht nach Osten expandieren würde.** Michail Gorbatschow sagte, der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und die Amerikaner hätten ihm versprochen, dass sich die NATO "keinen Zentimeter weiter nach Osten bewegen wird". Aus der Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer gibt es zwar kein rechtsverbindliches, **schriftliches** Abkommen zwischen beiden Seiten, doch die mündliche Versprechen/Zusagen sind reichlich nachweisbar.

Glücklicherweise gibt es darüber **zahlreiche Belege** aus verschiedenen Ländern, die an den Gesprächen teilgenommen haben. Auch in den Archiven der **George Washington University** finden sich entsprechende Unterlagen, darunter **Gesprächsnotizen und Verhandlungsprotokolle:**



Vielen **Dokumenten** zufolge signalisierten die USA, Großbritannien und Deutschland dem Kreml eindeutig, **dass eine NATO-Mitgliedschaft von Ländern wie Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik nicht in Frage käme.** Im März 1991 **versprach** auch der britische Premierminister John Major bei einem Besuch in Moskau, **dass "nichts dergleichen geschehen wird"**. Boris Jelzin zeigte sich sehr verärgert, als der Schritt doch vollzogen wurde. Er stimmte 1997 der Osterweiterung zwar zu, äußerte aber gleichzeitig klar, dass er dies tue, **weil der Westen ihn gezwungen habe.** Diese Sichtweise wird durch die Tatsache gestützt, dass es für Gorbatschow äußerst schwierig war, die NATO-Mitgliedschaft eines wiedervereinigten Deutschlands zu akzeptieren. Es ist schwer vorstellbar, dass der Kremlchef dem „Mauerfall“ zugestimmt hätte, wenn er geglaubt hätte, dass die Zusagen aus Bonn, London, Paris oder Washington **nicht ehrlich** waren.

Das Urteil darüber, ob der Westen sein Wort gebrochen hat, hängt ganz davon ab, für wie verbindlich man die mündlichen Zusagen hält, denn die sind eindeutig und reichlich vorhanden.

Informelle Zusicherungen waren während des Kalten Krieges nicht ungewöhnlich. Der US-Politologe Joshua Shiffrinson vergleicht die Gespräche von 1990 mit den mündlichen Vereinbarungen zwischen Amerikanern und Sowjets, die 1962 zur Entspannung der Kuba-Krise führten.

Dem Prinzip der Vertragstreue wird auch im Völkerrecht eine besondere Bedeutung beigemessen. Diese wird bei der Frage der Verbindlichkeit internationaler Verträge herangezogen. Das bedeutet, dass nationale Gesetze/Interessen keine Grundlage für die Nichteinhaltung von Verträgen/Zusagen sein dürfen: „pacta sunt servanda“ - Verträge sind einzuhalten!

In der Tat musste die deutsche Regierung schließlich einen Sonderstatus für die ehemals zu Ostdeutschland gehörenden Staaten akzeptieren, der garantierte, dass die Region grundsätzlich keine NATO-Truppen oder von anderen Ländern beherbergen würde. Angesichts der vorliegenden Dokumente wird sogar vermutet, dass der Westen die Sowjets von Anfang an absichtlich in die Irre geführt hat: Wenige Wochen nach seiner Reise in den Kreml teilte Baker Genscher ausdrücklich mit, dass einige osteuropäische Staaten der NATO beitreten wollten, was Genscher zu der Antwort veranlasste, dass diese Frage "vorerst nicht berührt werden sollte". Eine Formulierung, die alle Optionen für später auf dem Tisch hielt.

Zur damaligen US-Regierung gehörten auch einflussreiche Hardliner wie Verteidigungsminister Dick Cheney und sein neokonservativer Unterstaatssekretär Paul Wolfowitz. Diese Männer träumten davon, die USA zur einzigen globalen Supermacht zu machen und sahen die NATO in erster Linie als ein Instrument zur Durchsetzung der amerikanischen Vorherrschaft in Europa. Das Interesse der osteuropäischen Staaten am Beitritt zum Bündnis war in der Hinsicht hilfreich. Das Verteidigungsministerium drängte darauf, dass die NATO "die Tür einen Spalt breit offenlässt". Solche Äußerungen stützen eindeutig Putins Aussagen, der Westen habe Russland absichtlich betrogen.

Die 1990er Jahre waren das Jahrzehnt der guten Absichten und der großen Illusionen, auf beiden Seiten. Gorbatschow versprach, dass der Kreml die Demokratie einführen, die Menschenrechte achten und das Selbstbestimmungsrecht der Länder anerkennen würde. Er brachte sogar die Möglichkeit ins Gespräch, dass die Sowjetunion selbst Mitglied der NATO werden könnte. Sein Nachfolger Jelzin drückte eine ähnliche Zuversicht aus und erklärte: "Wir werden ein anderes Land. Das östliche Imperium sah eine Zeit lang so aus, als sei es reformbereit. Und mit diesem Eindruck im Hinterkopf wollten Kohl, Genscher, Bush und sein Nachfolger Clinton die NATO tatsächlich umgestalten und die Interessen des Kremls ernst nehmen. Es gab jedoch einen potenziell bedeutsamen Widerspruch: Einerseits waren alle Länder angeblich durch die "unteilbarkeit der Sicherheit" geeint, andererseits hatte angeblich jedes Land das Recht zu entscheiden, welchem Bündnis es beitreten wollte. Damals schien dies jedoch nur ein theoretisches Problem zu sein.

Darüber hinaus lehnten Clinton, Kohl und die anderen jahrelang die NATO-Mitgliedschaft Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik ab. Eine solche Erweiterung wurde als zu kostspielig angesehen, die jungen Demokratien in diesen Ländern erschienen zu zerbrechlich und ihre Militärs zu reaktionär. Dann verlangsamte sich der Reformprozess in Russland und mit den offen geführten Diskussionen um eine NATO-Erweiterung begann auch das Misstrauen Russlands zu wachsen.

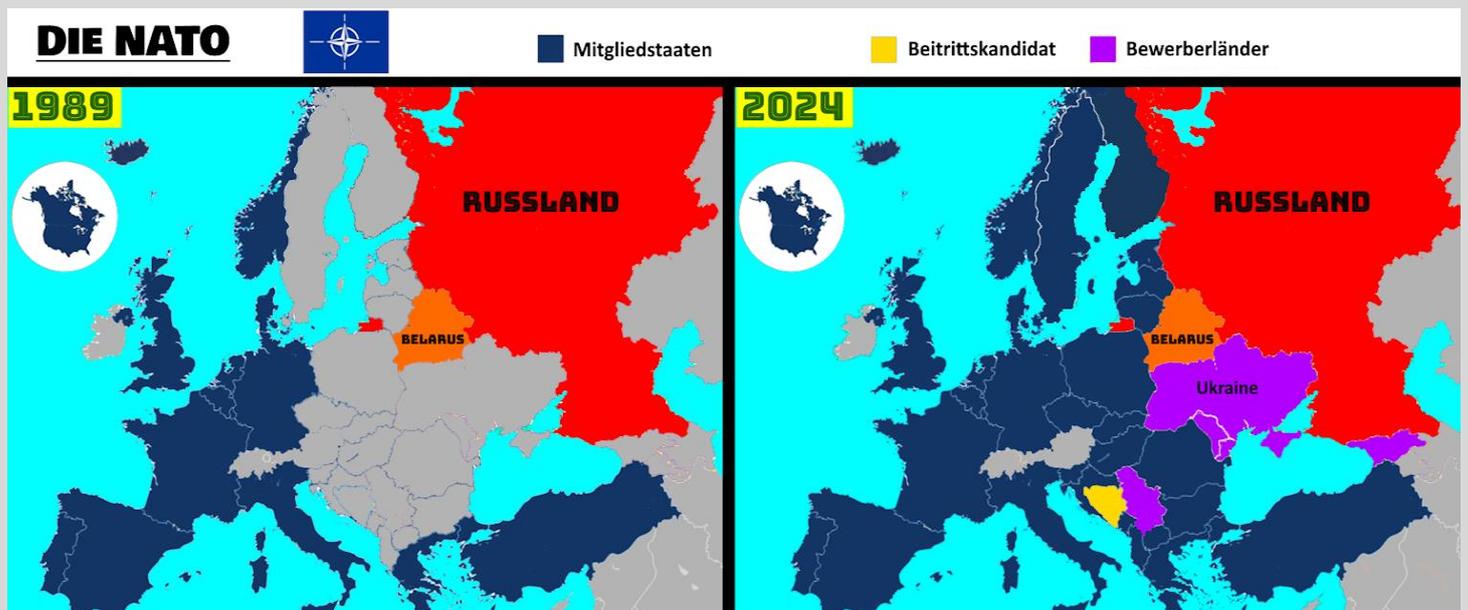
Die US-Republikaner erkannten, dass die Frage der erweiterten NATO-Mitgliedschaft nützlich war, um politische Punkte gegen Clinton zu sammeln. Viele Amerikaner mit osteuropäischen Wurzeln lebten in den entscheidenden „Swing States“ im Mittleren Westen. So entschied sich Clinton für die Erweiterung des NATO-Bündnisses.

Damit brach der Westen zwar keine ‘schriftlichen Verträge’, aber einige Länder waren dennoch besorgt, da die vorherigen Zusagen eindeutig waren und Russland somit betrogen wurde. Jahre später sagte sogar Hans-Dietrich Genscher selbst dazu: „Die Erweiterung der NATO ist aus formaljuristischer Sicht völlig in Ordnung, es ist aber nicht zu leugnen, dass sie dem Geist der 1990 getroffenen Vereinbarungen widerspricht“.

Einer der Mythen, die sich um die Gespräche über die Vereinigung 1990 ranken, besagt, dass die Gespräche zu einem so frühen Zeitpunkt stattfanden, als der Warschauer Pakt noch existierte, dass niemand an die Möglichkeit dachte, dass die mittel- & osteuropäischen Länder, die damals dem Warschauer Pakt angehörten, in Zukunft Mitglieder der NATO werden könnten.

Das Gegenteil ist Fakt: In seiner Rede vom 31. Januar 1990 - über die in den Medien in Europa, Washington und Moskau ausführlich berichtet wurde – sprach Hans Dietrich Genscher ausdrücklich über die Möglichkeit der NATO-Erweiterung, sowie einer mittel- & osteuropäischen Mitgliedschaft in der NATO (die Tutzing-Formel), schloss diese aber, als Teil der bisherigen Versprechen gegenüber Moskau, zunächst aus.

In der Rückmeldung der US-Botschaft Bonn nach Washington werden diese Vorschläge von **Genschers** exakt aufgeführt: **Dass sich die NATO nicht nach Osten erweitert wird** und das ehemalige Gebiet der DDR anders behandelt wird, als andere NATO-Gebiete. **Russlands Sicherheitsinteressen wurden also von Anfang an bewusst und provokant nicht berücksichtigt.**



Wladimir Putin betrachtete die Europäische Union zu Beginn seiner Amtszeit dennoch als möglichen strategischen Partner, um die von den USA immer offensiver betriebene Einkreisung Russlands abzuschwächen. Er setzte dabei auf Frankreich und besonderes auf Deutschland, dem er eine ökonomische Zusammenarbeit **zum gegenseitigen Nutzen** nahelegte. **Teilweise in deutscher Sprache sendete er etliche Signale**, insbesondere die legendäre **lesenswerte & hörenswerte** Rede im Deutschen Bundestag 2001, die mit **Standing Ovation**s endete. In dieser Phase hatte Russland auch diverse Erfolge.

Kanzler Schröder, der **ohne UN-Mandat** am **NATO-Angriffskrieg** gegen Jugoslawien teilnahm, war offen für eine deutsch-russische Kooperation. Gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Chirac verweigerte Schröder 2003 die Beteiligung am illegalen **Angriffskrieg** auf den Irak. (**Von amerikanischer Seite** gab es seitdem Versuche, dem Bundesnachrichtendienst die Schuld zu geben. Colin Powells Stabschef Larry Wilkerson sagte, die Deutschen trügen "zumindest eine Mitschuld" am Krieg.)

Die deutsche Verweigerung führte zu Beunruhigung in den angelsächsischen Machtzentren. Diese nutzen alle ökonomischen, politischen & medialen Möglichkeiten, um den „Fehler der europäischen Politik“ zu korrigieren. In Deutschland kam 2005 mit Angela Merkel schließlich eine stramme Transatlantikerin an die Regierung, in Frankreich 2007 mit Nicolas Sarkozy ein Politiker, der Frankreich nach 41 Jahren zurück in die **Kommandostrukturen der NATO** führte.

In den folgenden Jahren hat Putin den Westen zwar öfter kritisiert, aber weiterhin darauf gehofft, dass sich Russland mit dem Westen irgendwie verständigen kann. Selbst nach dem Maidan-Putsch 2013/14 in der **Ukraine** war der stets besonnene Putin zu friedlichen Lösungen bereit. Und sogar Ende 2021 machte Russland dem Westen noch Vorschläge für eine **gemeinsame Sicherheitsarchitektur**, was von den Westmächten aber abgelehnt wurde! Stattdessen hat der Westen die Ukraine weiter **für einen Krieg gegen Russland** gerüstet (wie NATO-Generalsekretär **Stoltenberg bestätigte**, bereits seit 2014), die Stationierung von Atomraketen in der Ukraine angekündigt & die NATO-Aufnahme des Landes **zugesagt**.

Das Angela Merkel und Francois Hollande noch offen sagten, das **Abkommen von Minsk** habe nur dazu gedient, **Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu schaffen**, dürfte im Kreml **endgültig das Vertrauen in die Paktfähigkeit des Westens zerstört haben**. Der Zorn des Kremls richtet sich mittlerweile nicht ausschließlich auf das **Zwei-plus-Vier-Abkommen**, sondern auf alle seit dem Fall der Mauer ausgehandelten Abkommen. Erst im Januar 2022 beschwerte sich der russische Präsident: **"Sie haben uns in den 1990er Jahren versprochen, dass sich die NATO keinen Zentimeter nach Osten bewegen würde"**.

Putin nutzte diese **Fakten**, um **schriftliche Garantien** zu fordern, dass die Ukraine niemals in das westliche Bündnis aufgenommen wird. **Die NATO lehnte das ab**. Schließlich machte Jens Stoltenberg in einer **Aussage vor dem EU-Parlament** deutlich, dass **Amerikas unermüdlicher Drang, die NATO auf die Ukraine auszuweiten, die wahre Ursache** des Ukraine-Krieges sei und warum dieser andauert. (Die globale **wirtschaftliche Bedeutung Russlands** spielt für die USA dabei ganz sicher ebenfalls eine erhebliche Rolle.) Putins Vorwurf: **„Ihr habt uns schamlos betrogen"**, ist grundsätzlich völlig berechtigt!

Abschließend eine Betrachtung zum Ukraine Konflikt, die gut recherchiert werden kann:

DER UKRAINEKONFLIKT: EINE VERSCHWIEGENE UND SCHNELL VERGESSENE WAHRHEIT

„Was im Donbass seit 2014 geschieht, ist ein Genozid“, so lautete die Aussage des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Die Antwort auf die Frage, was an dieser Behauptung dran ist, ist ein essentieller Bestandteil, um das Vorgehen Russlands in der Ukraine zu verstehen, denn ein Genozid, also Völkermord, gilt als **legitimer Grund für ein militärisches Eingreifen**.

Seit dem blutigen Regime-Change in der Ukraine (Putsch) 2014 (*finanziert und durchgeführt mit Hilfe der USA und der NATO*) führt die Bevölkerung im Donbass einen Verteidigungskrieg gegen die ukrainische Regierung, die **der russischstämmigen Bevölkerung wiederholt mit Vernichtung gedroht und diese Absicht vielfach praktisch umgesetzt** hat. Die ukrainische Armee bezeichnete ihr offensives Vorgehen als „Anti-Terror-Operation“, und eben diese „Offensive“ mündete 2014 schließlich im Donbass-Krieg. Der Beginn des Krieges in den Regionen Donezk und Lugansk war aus der Sicht des Kreml jedoch bereits ein legitimer **Widerstand gegen das faschistische Regime in Kiew**. Die im Donbass lebenden Russen, vom Westen als „Separatisten“ betitelt, konnten ihre Gebiete nach massiven Verlusten **nur mit russischer Hilfe** halten.

Seinen ersten und entscheidenden Höhepunkt erreichte der Krieg im Donbass beim sogenannten „Massaker von Odessa“, bei dem am 02.05.2014 im Gewerkschaftshaus von Odessa viele russischstämmige Menschen starben. Eine strafrechtliche Aufarbeitung des Vorfalls, der für den eigentlichen Beginn des blutigen Bürgerkrieges in der Ukraine steht, hat nie stattgefunden, **auch seitens westlicher Länder wurde keine Untersuchung gefordert**. De facto herrscht in der Region jedoch seither ein Krieg, der **alleine bis März 2022 rund 14.000 zivile Opfer** forderte. Das Abkommen von Minsk (Februar 2015) schuf eine „Kontaktlinie“, die in Wirklichkeit eine Front darstellt, was vom politischen Westen klar zugegeben wurde: Das Abkommen diene lediglich der Aufrüstung der Ukraine. **Unter Berücksichtigung nachweisbarer, vielfach bildlich festgehaltener Fakten und vieler Zeugen- & Medienberichte, ist Putins Aussage also korrekt:**

Ebenso korrekt, wie es sich bereits bei der Abtrennung der Krim nicht um eine völkerrechtswidrige Annexion, sondern um eine **nach internationalem Völkerrecht zulässige Sezession** handelte, haben auch die Donbass-Republiken Donezk/Lugansk bei einer Volksabstimmung vom 23. bis zum 27. September 2022 für die Angliederung an die russische Föderation gestimmt. (*Die freie Abstimmung fand zwanglos und ohne Beanstandungen, unter internationaler Beobachtung statt.*) Das Kiewer Regime reagierte jedoch - wie schon seit 2014 - mit gewalttätigen Reaktionen und wiederholten **Angriffen auf die Zivilbevölkerung im Donbass**.

Die UN-Konvention definiert Völkermord als den Versuch, **eine „nationale, ethnische oder religiöse Gruppe“ zu zerstören**. Im Donbass geht es dabei um die **russischstämmige oder russischsprachige Bevölkerung**, die aus gutem Grund seit langem nach Unabhängigkeit strebt.

Die russische „Spezialoperation“ in der Ukraine ist gem. Artikel 51 der UN-Charta daher rechtlich nicht zu beanstanden, sondern muss als berechnete Selbstverteidigung betrachtet werden. Russland führt somit keinen völkerrechtswidrigen Krieg und ist auch nicht der Aggressor!